

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 96 (2021)
Heft: 11

Artikel: Die aktuelle Konfliktescalation zwischen Serbien und dem Kosovo
Autor: Goertz, Stefan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-977241>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die aktuelle Konfliktescalation zwischen Serbien und dem Kosovo

Ein Pulverfass, das zu explodieren droht. Im Streit zwischen dem Kosovo und Serbien ist es erneut zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Mitgliedern der serbischen Minderheit und der Polizei im Nordkosovo gekommen. Auslöser dafür waren Nummernschildern.

Prof. Dr. Stefan Goertz, Bundespolizei, Hochschule des Bundes, Lübeck, Oberstleutnant d.R. der Bundeswehr

Der Konflikt zwischen Serbien und dem Kosovo ist in den letzten Wochen eskaliert und nach einer diplomatischen Intervention der Europäischen Union schien er Anfang Oktober beigelegt.

Doch Mitte Oktober gab es einen gewaltsamen Zusammenstoss zwischen Mitgliedern der serbischen Minderheit im Kosovo und der kosovarischen Polizei, ein Serbe wurde dabei angeschossen und musste notoperiert werden.

Nummernschilder als Auslöser

Serbien hat die Unabhängigkeit des Kosovos nie anerkannt und verhindert bis heute, unterstützt vor allem von Russland und China, die kosovarische Mitgliedschaft in diversen internationalen Organisationen.



Albin Kurti, Regierungschef der kosovarischen Regierung, will unter Beweis stellen, dass er alles für die Unabhängigkeit des Kosovos tut.

Die Unabhängigkeit des Kosovos wird von vielen westlichen Staaten wie den USA, Grossbritannien und auch Deutschland anerkannt, fünf EU-Staaten - Spanien, Slowakei, Rumänien, Griechenland und Zypern - tun dies allerdings nicht.

Die Aufnahme des Kosovos in die Vereinten Nationen wird von Serbiens Verbündetem Russland blockiert.

Bei der aktuellen Eskalation aufgrund der Autokennzeichen beim Passieren der kosovarisch-serbischen Grenze geht es im Kern um die Unabhängigkeit des Kosovos, die Serbien auf keinen Fall anerkennen will. Auf der anderen Seite möchte die Regierung des Kosovos genau diese Unabhängigkeit durchsetzen. Der kosovarische Regierungschef Albin Kurti will wiederum unter Beweis stellen, dass er alles für die Unabhängigkeit des Kosovos tut.

Angesichts der Eskalationen im September 2021 verstärkte die NATO-geführte internationale Kosovo-Truppe KFOR ihre Patrouillen an der kosovarisch-serbischen Grenze. Sowohl die Zahl als auch die Dauer der Einsätze sei erhöht worden, teilte KFOR mit.

Ausserdem habe man «mit allen beteiligten Parteien gesprochen, die an der Beendigung der Proteste im Norden des Kosovo beteiligt sind», sagte Kommandeur Franco Federici.

Die NATO hatte 1999 in den Krieg im Kosovo eingegriffen und serbische Truppen zum Rückzug aus der Provinz gezwungen, in der albanische Separatisten für die Unabhängigkeit kämpften. 2008 er-

klärte sich der Kosovo für unabhängig, was Serbien bis heute nicht anerkennt.

Die kosovarische Regierung liess Ende September 2021 keine Fahrzeuge mit serbischen Kennzeichen mehr ins Land fahren, Serbien hatte dies zuvor ebenso praktiziert.

Spätestens wenn sich der Generalsekretär der NATO in einen Konflikt einschaltet, ist der Weltöffentlichkeit klar, dass es dabei um mehr geht als nur um Autokennzeichen.

Jens Stoltenberg, Generalsekretär der NATO, wandte sich direkt an die beiden beteiligten Regierungen: «Belgrad und Pristina», forderte Stoltenberg, müssten «Zurückhaltung üben und den Dialog wieder aufnehmen».

Auslöser des jüngsten Konflikts war eine Verordnung der kosovarischen Regierung, nach der sich Autofahrer auf der kosovarischen Seite ein temporär gültiges einheimisches Kennzeichen anmontieren müssen. Serbien erkennt seine ehemalige Provinz Kosovo, die sich 2008 für unabhängig erklärt hat, bis heute nicht als souveränen Staat an, entsprechend sind in Serbien keine kosovarischen Nummernschilder gestattet.

Der kosovarische Ministerpräsident Kurti, seit März 2021 zum zweiten Mal Regierungschef des Kosovos, wirbt seit Langem für eine Politik der «Reziprozität» gegenüber Serbien. «Ohne Reziprozität keine Gleichheit», lautet einer seiner Slogans. Auch die kosovarische Staatspräsidentin Vjosa Osmani unterstützt diese Haltung. Verkürzt gesagt sieht diese Politik vor, dass der Kosovo Serbien in allen Belangen und auf allen Ebenen genauso behandeln müsse, wie es von Serbien behandelt wird. Zuletzt war dies im Fall der gegenseitigen Anerkennung oder Nichtanerkennung von Nummernschildern der Fall.

Im Kosovo gab es lange Zeit drei Nummernschilder, die parallel genutzt werden konnten. Neben den serbischen



Bilder: Wikimedia

Infolge einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen Einheiten der kosovarischen Polizei und Angehörigen der serbischen Minderheit ist ein Demonstrant angeschossen worden.

Schildern waren das anfangs solche, die von der UN-Verwaltung für den Kosovo, kurz UNMIK, ausgegeben wurden.

Ende September «rüstete» der Kosovo - in einer militärischen Sprache - nun bei den Autokennzeichen nach, was wiederum eine neue Eskalation bedeutete. Nachdem Angehörige der serbischen Minderheit im Nordkosovo aus Protest gegen die neue Nummernschildverordnung anfingen, die Grenze mit Lastwagen zu versperren, schickte die kosovarische Regierung polizeiliche Spezialkräfte in den Nordkosovo.

Darauf verstärkte die serbische Regierung die eigenen Truppen nahe der Grenze. Für die Europäische Union ist diese Konfliktescalation ein diplomatisch-sicherheitspolitisches Problem. Nach dem Ende der Ära Trump in den USA, die US-Administration von Trump hatte mit offenem Sympathisieren für Gebietstauschpläne entlang der serbisch-kosovarischen Grenze Unruhe geschürt, hatte die EU die Hoffnung, dass der EU-vermittelte Dialog zwischen der serbischen und der kosovarischen Regierung neu belebt werden könnte.

Der EU-Aussenbeauftragte Josep Borrell rief beide Konfliktparteien dazu auf, die Lage «bedingungslos zu deeskalieren». Ende September empfing Serbiens Präsident Vučić die Botschafter von Grossbritannien, Deutschland, Italien, Frankreich und den USA, die ihn Berichten zufolge zur Deeskalation an der Gren-

ze aufforderten. Anschliessend sagte er in einem Fernsehinterview, er sei im Gespräch mit «dem Botschafter eines der mächtigsten Länder der Welt» zeitweise «emotional» geworden: «Sie wollen mir sagen, wohin sich unsere Einheiten innerhalb unseres Territoriums bewegen dürfen?

Sind Sie noch normal, Mann?» In einer offiziellen Erklärung hatte Vučić erklärt, er fühle sich dem Brüsseler Abkommen zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Belgrad und Pristina weiterhin verpflichtet, werde aber keineswegs eine «Erniedrigung Serbiens und seiner Bürger» hinnehmen.

Neue Eskalation Mitte Oktober 2021

Nach serbischer Darstellung wurden am 13. Oktober 2021 - wenige Wochen nach dem durch die Vermittlung der EU «überwundenen» «Nummernschildstreit» mehrere Serben im Norden des Kosovos verletzt. Die serbische und die kosovarische Regierung bezichtigten sich gegenseitig der Verantwortung für die Gewalt. Auslöser der Gewalt war ein Einsatz der kosovarischen Polizei im fast ausschliesslich serbisch besiedelten nord-kosovarischen Gebiet im Hinterland der ethnisch geteilten Stadt Mitrovica.

In der ethnisch getrennten Stadt Mitrovica, der wichtigsten Siedlung im Norden, und im Ort Zvecan traf ein Grosseinsatz der kosovarischen Polizei gegen

Schmuggelnetzwerke auf Proteste der serbischen Minderheit.

Diese serbische Minderheit lehnt die Eigenstaatlichkeit Kosovos ab und betrachtet eine massive Polizeipräsenz in ihrem Siedlungsgebiet als provokative Machtdemonstration der kosovarischen Staatsgewalt. Bei den jüngsten gewaltsamen Auseinandersetzungen am 13. Oktober 2021 erlitt ein Serbe eine Schusswunde und musste notoperiert werden.

Die serbische Ministerpräsidentin Ana Brnabic erklärte, es sei höchste Zeit, dass die NATO und ihre Schutztruppe KFOR der «verrückten Politik» des kosovarischen Ministerpräsidenten Albin Kurti Einhalt gebiete. Der serbische Kosovo-Befehlsträger Petar Petkovic erklärte mit einer deutlichen Anspielung, dass «jemand bereitstehe, die Serben in Kosovo zu schützen, wenn die KFOR dies nicht tue».

Der serbische Präsident Aleksandar Vučić begab sich unmittelbar nach den gewaltsamen Ausschreitungen im Nordkosovo in die Stadt Raska nahe der serbisch-kosovarischen Grenze, um sich dort mit Serben aus dem Kosovo zu treffen. Der serbische Staatschef Vučić sprach gar von einem drohenden «Pogrom» gegen die serbische Minderheit auf dem Amsfeld.

Kosovos Regierungschef Kurti erklärte wiederum, dass es sich bei diesem Grosseinsatz der kosovarischen Polizei gegen Schmuggelnetzwerke um einen von langer Hand geplanten Schlag gegen den Schmuggel gehandelt habe.

Die serbische Bevölkerung Nordkosovos rief der kosovarische Regierungschef auf, sich nicht von serbischen Medien aufzieweln zu lassen.

«Ethnischer Konflikt», «patriotische Milieus» oder organisierte Kriminalität? Ruf nach «serbischen Truppen».

Die kosovarische Regierung erklärte kurz nach den aktuellen Gewaltausbrüchen am 14. Oktober 2021, «serbische Krawallmacher» hätten die Arbeit der Polizei behindert. Der kosovarische Premierminister Kurti rief die Kosovo-Serben auf, «sich nicht von Belgrad in einen ethnischen Konflikt hineintreiben zu lassen».

Seine Regierung wolle «einen Kampf gegen Kriminalität und Korruption, nicht eine ethnische Auseinandersetzung». Die serbische Regierung und dazu passend berichtende serbische Medien wiederum

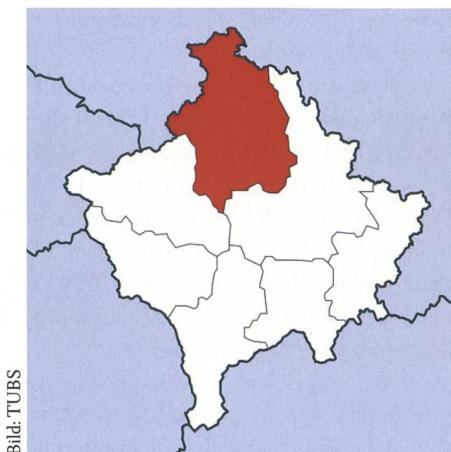


Bild: TUBS

Mitrovica ist auch die Hauptstadt des Mitrovica-Distrikts, welcher einen grossen Teil der kosovarischen Grenze mit Serbien beeinhaltet.

nutzen seit Wochen eine Rhetorik, die an den jugoslawischen Bürgerkrieg erinnert, mit der jahrzehntealten Botschaft, die Serben im Kosovo seien «bedroht», daher müsse «der serbische Staat ihnen zur Hilfe eilen».

Serbiens Staatschef Aleksandar Vučić erklärte unmittelbar nach den aktuellen gewaltsausbrüchen bei einem Treffen mit Kosovo-Serben in einer grenznahen serbischen Stadt «was auch immer geschieht und wann auch immer es geschieht, Serbien wird bei euch stehen.»

In Bezug auf die Ursachen des Ge-waltausbruchs Mitte Oktober im Nordkoso-viо分析 die Frankfurter Allgemeine Zeitung, dass in Bezug auf den Kosovo und dort lebende Serben «die Übergänge des patriotischen Milieus zur organisierten Kriminalität nicht immer trennscharf» seien.

Bei diesem Treffen des serbischen Staatschefs mit Kosovo-Serben, das im Fernsehen übertragen wurde, nahm auch ein mutmasslicher Krimineller teil, der im Kosovo verdächtigt wird, an der Ermordung des serbischen Oppositionellen Oliver Ivanović beteiligt gewesen zu sein.

Dieser serbische Oppositionelle war im Jahr 2018 im serbischen Nordteil von Mitrovica auf offener Strasse erschossen worden. Der mutmassliche Mörder kündigte nun an, beim nächsten kosovarischen Polizeieinsatz im Norden des Kosovos werde man sich «bis zum Tode» verteidigen.

Ein serbischer Lokalpolitiker aus dem Kosovo forderte den serbischen Präsiden-

ten Vučić auf, serbische Truppen in den Norden zu entsenden, «wenn nicht in Uniform, dann wenigstens in Zivil, in jedem Fall aber bewaffnet».

Serbiens Verteidigungsminister Nebojša Stefanović besuchte mehrfach serbische Militärstützpunkte in der Nähe der kosovarischen Grenze, in einem Fall öffentlichkeitswirksam in Begleitung des russischen Botschafters. Serbiens Innenminister Aleksandar Vulin nannte die Europäische Union derweil eine «lügnhafte Organisation», deren Wort nichts wert sei.

Dass die kosovarische Regierung in Prishtina Sondereinheiten der kosovarischen Polizei in den mehrheitlich von Serben besiedelten Norden des Kosovos entsandte, war ebenfalls alles andere als ein Signal der Entspannung.

Fazit

Der aktuelle Konflikt zwischen Serbien und dem Kosovo begann mit Nummernschildern, die angeblich unmittelbar bevorstehende Gefahr eines neuen Balkankrieges wurde von verschiedenen serbischen Medien heraufbeschworen. Doch ein kriegerischer Konflikt zwischen Serbien und dem Kosovo liegt zumindest auf absehbare Zeit nicht im Interesse der Beteiligten.

Der Einfluss der Europäischen Union auf den Konflikt zwischen Serbien und dem Kosovo schwindet seit Jahren. Ein wichtiger Indikator für zukünftige Ent-

wicklungen des Konflikts zwischen Serben und dem Kosovo ist, dass die serbischen Streitkräfte seit Jahren systematisch aufgerüstet werden.

Die Aussichten der Westbalkanländer für einen EU-Beitritt bleiben unklar. Die EU stellt zwar einen Beitritt in Aussicht, aber eine eindeutige Perspektive gibt es nicht. Doch wo stehen die Länder zurzeit? Nach dem Gipfeltreffen in Slowenien gibt es für die Westbalkanländer Montenegro, Serbien, Albanien, Nordmazedonien, Kosovo und Bosnien-Herzegowina keine eindeutige Perspektive. Die EU stellt den Ländern zwar einen Beitritt in Aussicht, aber einen Zeitplan gibt es auch nach mehr als einem Jahrzehnt des Wartens nicht.

Der Beitrittsprozess soll vom Fortschritt der Kandidatenländer abhängig gemacht werden, hieß es. Mit rund sieben Millionen Einwohnern ist Serbien das grösste Land im Westbalkan, mit problematischen Beziehungen zu seinen Nachbarn.

Mit Serbien laufen bereits seit 2014 EU-Beitrittsverhandlungen. Trotz eher schleppender Fortschritte stellt die EU weiterhin einen Beitritt in Aussicht: Von den 35 Kapiteln der Beitrittsverhandlungen wurden 18 eröffnet und zwei abgeschlossen. Der Kosovo hat bislang noch keinen Beitrittsantrag für die EU gestellt. Seit 2016 existiert jedoch ein Assoziierungsabkommen.

+



Bild: Wikimedia

Der serbische Staatschef Vučić, hier bei einem Treffen mit seinem Verbündeten Vladimir Putin, sprach gar von einem drohenden «Pogrom» gegen die serbische Minderheit auf dem Amsfeld.



CAESAR®
6x6

THE LIGHTNING
CONTROL

